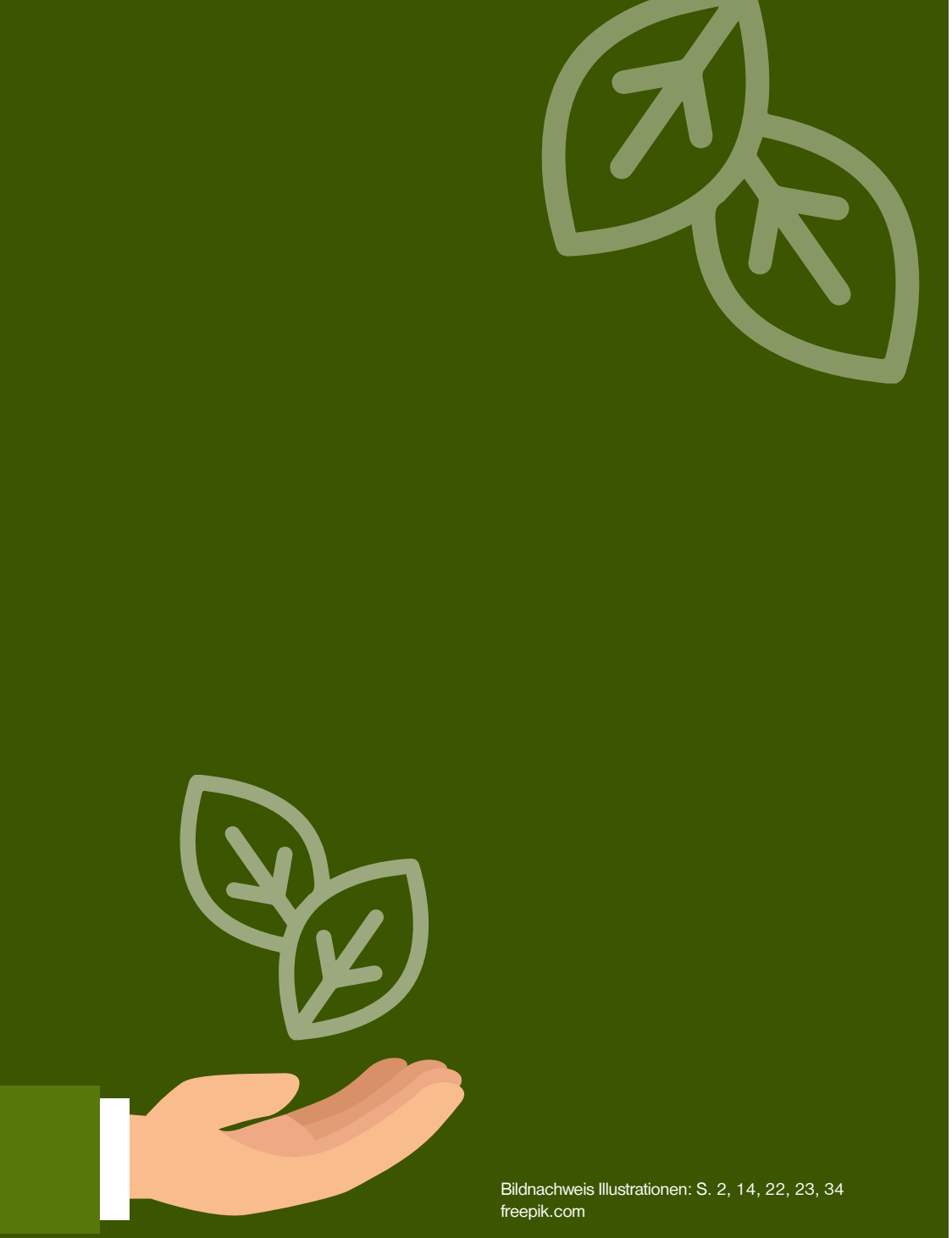
2025

UMWELTERKLÄRUNG

Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

BUNDESPOLIZEI



Bildnachweis Illustrationen: S. 2, 14, 22, 23, 34
freepik.com

INHALT

1 Vorwort 6

2 Abkürzungsverzeichnis 7

3 Die Bundespolizei 8

3.1 Einordnung der Bundespolizei in die Struktur der Bundesverwaltung 8
3.2 Struktur und Aufgaben der Bundespolizei 8
3.3 Struktur und Aufgaben der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt 10
3.4 EMAS-Standort 11

4 Umweltpolitik 12

4.1 Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt 13

5 Umweltmanagementsystem 13

6 Umweltaspekte 14

6.1 Bestimmung der Umweltaspekte 15
6.2 Bewertungsmethode der Umweltaspekte 16
6.3 Bewertung der Umweltaspekte 18
6.4 Potenzielle Umweltaspekte 19

7 Umweltkennzahlen 20

7.1 Energieverbrauch 22
7.2 Wasserverbrauch 24
7.3 Abfall 25
7.4 Materialeinsatz 26
7.5 Emissionen 27
7.6 Biodiversität 31
7.7 Kernindikatoren 32

8 Einhaltung von Rechtsvorschriften 34

9 Umweltziele 36

9.1 Umweltziele und Maßnahmen der Bundespolizeiinspektion Stralsund 38

10 Erklärung des Umweltgutachters 40

POLIZEI
BP 18-284
NICOLAI CAFE

1 VORWORT

Im Bereich des Klimaschutzes liegen große gesamtgesellschaftliche Herausforderungen vor uns. Mit dem durch die Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutzgesetzes gesteckten Ziel, die Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral auszurichten, ist auch die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt in der Verantwortung, ihr eigenes Handeln daran auszurichten.

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt ist sich in ihrer Funktion als mittlere Bundesbehörde der eigenen Vorbildfunktion bewusst und geht mit gutem Beispiel voran. Gemeinsam mit anderen Pilotbehörden im Geschäftsbereich der Bundespolizei ist sie Vorreiter und hat ein umfassendes Umweltmanagement eingeführt. Durch Energiesparen, klimafreundliche Dienstreisen sowie eine möglichst ökologische und klimafreundliche Beschaffung und Entsorgung werden wir unser Handeln an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichten.

Das einzuführende Umweltmanagementsystem EMAS („Eco-Management and Audit Scheme“) eröffnet die Möglichkeit, Umweltaspekte systematisch zu erfassen und zu bewerten, daraus Ziele und Maßnahmen zu entwickeln und sich im Anschluss daran auch nachhaltig zu verbessern. Die Bemühungen, insbesondere aber auch die Ergebnisse werden regelmäßig – mindestens durch interne Auditoren – begutachtet. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse werden direkt auf Leitungsebene in die gesamte Bundespolizei transportiert, zielführende Maßnahmen regelmäßig kommuniziert und Veränderungen dokumentiert.

Auf diese Weise soll die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt dem generellen Ziel einer bilanzierten Klimaneutralität schnellstmöglich und effizient näherkommen und es 2030 erreicht haben.

Frank Goerke
Umweltmanagementbeauftragter
der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt)

Bad Bramstedt, 1. Januar 2026

2 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMI	Bundesministerium des Inneren
BPOL	Bundespolizei
BPOLD BBS	Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
BPOLI HST	Bundespolizeiinspektion Stralsund
BPOLP	Bundespolizeipräsidium
BPOLR	Bundespolizeirevier
CO_2	Kohlenstoffdioxid
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EU	Europäische Union
GefStoffB	Gefahrstoffbeauftragte/r
kWh	Kilowattstunde
MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
MU	Mitgeltende Unterlagen
ÖUSB	Örtlicher Umweltschutzbeauftragter
PV	Photovoltaik
SB	Sachbereich
SichhB	Sicherheitsbeauftragte/r
UBA	Umweltbundesamt
UMB	Umweltmanagementbeauftragte/r
UMH	Umweltmanagementhandbuch
UMS	Umweltmanagementsystem
UMT	Umweltmanagementteam
UMV	Umweltmanagementverantwortliche/r
UN	Vereinte Nationen
USB	Umweltschutzbeauftragte/r
VZÄ	Vollzeitäquivalent
ZVA	Zentrale Versorgungsanlage

3 DIE BUNDESPOLIZEI

3.1 Einordnung der Bundespolizei in die Struktur der Bundesverwaltung

Die Bundespolizei ist in Deutschland eine Polizei des Bundes (neben dem Bundeskriminalamt und der Polizei beim Deutschen Bundestag) im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI), die in bundeseigener Verwaltung geführt wird.
Im System der inneren Sicherheit nimmt die Bundespolizei umfangreiche und vielfältige polizeiliche Aufgaben wahr, insbesondere in den Bereichen Grenzschutz, Bahnpolizei und Luftsicherheit. Im Rahmen dieser Aufgaben ist die sie auch in der Kriminalitätsbekämpfung tätig.

3.2 Struktur und Aufgaben der Bundespolizei

Mit etwa 55 000 Beschäftigten, von denen rund 48 000 Polizeivollzugsbeamte sind, ist die Bundespolizei eine bundesweit verfügbare Polizei von hohem Einsatzwert. Sie ist an mehr als einhundert Standorten vertreten und an allen wichtigen Verkehrsinfrastrukturpunkten in Deutschland präsent. Sie kann flexibel auf Großlagen reagieren und ihre polizeilichen Aufgaben erfüllen. Sie leistet somit einen wichtigen Beitrag für den Erhalt der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb des bestehenden Sicherheitsverbundes arbeitet die Bundespolizei auf der Grundlage von Sicherheitskooperationen eng mit den Polizeien und anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zusammen und darüber hinaus mit vielen ausländischen Grenzbehörden.

Weltweit nimmt die Bundespolizei polizeiliche Aufgaben im Auftrag der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) und anderer internationaler Organisationen wahr. Sie unterstützt zudem das Auswärtige Amt beim Schutz deutscher diplomatischer und konsularischer Vertretungen. Knapp 1 800 Beamte sind in Osteuropa, dem Nahen Osten, in Afrika und in weltweiten Krisengebieten als Berater und Experten im Einsatz.

3.3 Struktur und Aufgaben der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt erfüllt mit ihren rund 2 570 Mitarbeitenden in Vollzug und Verwaltung (davon 2 230 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte) ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und auf der Nord- und Ostsee innerhalb und außerhalb des Küstenmeeres.

Der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt sind insgesamt neun Bundespolizeiinspektionen nachgeordnet:

- Bundespolizeiinspektion Flensburg
- Bundespolizeiinspektion Kiel
- Bundespolizeiinspektion Rostock
- Bundespolizeiinspektion Stralsund
- Bundespolizeiinspektion Pasewalk mit Gemeinsamer deutsch-polnischer Dienststelle Pomellen
- Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung/Rostock
- Bundespolizeiinspektion See Neustadt in Holstein
- Bundespolizeiinspektion See Warnemünde
- Bundespolizeiinspektion See Cuxhaven

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt verfügt über eine aus vier Einsatzzügen bestehende Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) in den Dienstorten Rostock, Stralsund und mit zwei Zügen in Bad Bramstedt.

Mit der Bundespolizei See, bestehend aus dem Direktionsbereich See und den drei Bundespolizeiinspektionen See, verfügt die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt – bundesweit einzigartig – über eine maritime Einsatzkomponente.

Ihr stehen zur Aufgabenerfüllung sechs Einsatzschiffe mit ständiger Präsenz auf See und fünf Kontroll- und Streifenboote für den küstennahen Bereich zur Verfügung, wovon zwei seit März 2016 im Rahmen eines Frontex-Einsatzes an der griechisch-türkischen Grenze eingesetzt sind. Zusätzlich kommen zur Überwachung der Seegebiete in Nord- und Ostsee seeflugtaugliche Hubschrauber der Bundespolizei zum Einsatz.

Als Behörde mit einem zur EMAS-Einführung ausgewählten Standort wird die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt daher die in dieser Umwelterklärung näher beschriebenen Maßnahmen – vor allem in den Bereichen Liegenschaft und Mobilität – treffen, um den CO_2-Ausstoß zu vermeiden, zu reduzieren oder auch zu kompensieren und so einen aktiven Beitrag zum erklärten Ziel der bilanziert klimaneutralen Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 leisten.

3.4 EMAS-Standort

Bundespolizeiinspektion Stralsund
Die Bundespolizeiinspektion Stralsund hat ihren Standort in der Liegenschaft auf dem Dänholm in Stralsund. Sie ist der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt unmittelbar nachgeordnet.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund ist mit drei Standorten in den Landkreisen Vorpommern-Rügen und Mecklenburgische Seenplatte sowie in den Ämtern Peenetal-Loitz und Jarmen-Tutow des Landkreises Vorpommern-Greifswald vertreten. Neben dem Sitz der Inspektion auf der Insel Dänholm befinden sich die zwei Bundespolizeireviere Mukran im Fährhafen Sassnitz und Neubrandenburg am Bahnhof Neubrandenburg.

Das Umweltmanagementsystem (UMS) der Inspektion erstreckt sich nur auf den Standort in Stralsund und schließt die beiden Bundespolizeireviere zunächst nicht mit ein.

Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt integrativ mit den Schwerpunkten der grenz- und bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung, der polizeilichen Kontrolle und der Kriminalprävention. Ziele sind die Verhinderung und Unterbindung der unerlaubten Einreise, die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf dem Gebiet der Bahnanlagen und die Verhinderung und Unterbindung der Eigentumskriminalität im grenzüberschreitenden Verkehr.

Bei der Bundespolizeiinspektion Stralsund sind knapp 200 Mitarbeitende beschäftigt. Das Einsatzgebiet umfasst eine Gesamtfläche von ca. 9 019 km² mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 500 000 Einwohnern. Die Nord-Süd-Ausdehnung vom Kap Arkona bis zur Landesgrenze Brandenburg beträgt 220 km, die Ost-West-Ausdehnung etwa 110 km. Hinzu kommt eine zu überwachenden Seegrenze von 210 km. Außerdem werden 790 km Küstenlinie mit 44 Häfen und Marinas sowie sieben Seebrücken überwacht.

4 UMWELTPOLITIK

Die Bundespolizei gewährleistet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gäste unseres Landes in ihrem Aufgabenbereich. Dieser gesetzliche Auftrag ist uns Verpflichtung und bedingt gleichzeitig die ständige Einsatzbereitschaft.

Wo immer es möglich ist, wird die Bundespolizei dabei natürliche Ressourcen schützen und ihre Emissionen verringern. Dies sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den nachfolgenden Generationen schuldig.

Gewährleistung der größtmöglichen Sicherheit bei stetiger Berücksichtigung der Auswirkungen unseres Handelns auf die Umwelt und der Gestaltung nachhaltiger Behördenpolitik – dafür steht die Bundespolizei.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität verfolgt die Bundespolizei unter anderem folgende konkrete Ziele:

- Wir verpflichten uns zur Einhaltung aller aktuell geltenden Umweltvorschriften und anderer Anforderungen, zu denen wir uns bekennen oder bereits bekannt haben.
- Wir führen in allen Behörden und Dienststellen ein Umweltmanagementsystem ein und validieren dieses an ausgewählten Standorten, um Nachhaltigkeit zu erzielen. Dabei steht nicht die Verwaltung der Umweltmaßnahmen im Vordergrund, sondern die damit erzielten Erfolge auf dem Weg zur Klimaneutralität.
- Wir erfassen und analysieren unsere Umweltdaten, um Verbesserungspotenzial zu erkennen und auszuschöpfen.
- Wir wirken als Bedarfsträger an der verbesserten Energieeffizienz der von uns genutzten Liegenschaften mit und schöpfen unseren Gestaltungsspielraum aus.
- Unsere Fahrzeugflotte richten wir nicht nur an Einsatzerfordernissen aus, sondern beachten auch deren Emissionen und Ressourcenverbrauch, um diese zu reduzieren.
- Kreative Ideen im Zusammenhang mit der Klimabilanz der Bundespolizei werden, wo immer möglich, gefördert und umgesetzt. Wir setzen auf das Potential unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Umweltbewusstsein.

So können auch kleine Maßnahmen bundespolizeiweit große Wirkung entfalten.

4.1 Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt bekennt sich zur Umweltpolitik der Bundespolizei und orientiert sich an deren Grundsätzen. Durch Maßnahmen wie Energieeinsparung, Abfallvermeidung und Emissionsreduktion trägt sie zur Schonung von Ressourcen bei. Zudem begleitet sie ihre Dienststellen bei der Umsetzung umweltfreundlicher Maßnahmen.

5 UMWELTMANAGEMENTSYSTEM

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt hat das **Umweltmanagementsystem EMAS** am Standort der Bundespolizeiinspektion Stralsund eingeführt.

Die Zuständigkeiten sind eng mit der Organisationsstruktur und den darin festgelegten Funktionen der Mitarbeitenden verbunden. Für das Umweltmanagementsystem wurden durch den Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Mitarbeitende auf Direktions- und Inspektionsebene benannt.

Die auf Ebene der Bundespolizeiinspektion Stralsund benannten Mitarbeitenden sind primär für die Erfüllung der mit EMAS verbundenen formalen Aufgaben vor Ort zuständig.

Im Rahmen der Erneuerung der EMAS-Verordnung wurden branchenspezifische Referenzdokumente veröffentlicht, die bewährte Umweltmanagementpraktiken der betreffenden Bereiche abbilden und teilweise konkrete Maßnahmen und Zielwerte ausgeben.

Im Falle der Bundespolizei wird das Referenzdokument für öffentliche Verwaltungen (Beschluss (EU) 2019/16) herangezogen.

6 UMWELTASPEKTE

Unter Umweltaspekten versteht man Aspekte der „Tätigkeiten, Produkte oder Dienstleistungen einer Organisation“, die Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund verfolgt mit ihrem Umweltmanagementsystem (UMS) das Ziel, die Umweltauswirkungen ihrer Aufgabenwahrnehmung systematisch zu analysieren, zu bewerten und kontinuierlich zu verbessern. Da nahezu alle bundespolizeilichen Tätigkeiten Auswirkungen auf die Umwelt haben können werden dazu sowohl direkte als auch indirekte Umweltaspekte identifiziert und bewertet.

Die Analyse und Bewertung erfolgten unter Berücksichtigung von Kriterien wie Umweltrelevanz, Steuerungspotenzial und der Verfügbarkeit von Daten.

6.1 Bestimmung der Umweltaspekte

Direkte Umweltaspekte
Diese sind von der Bundespolizeiinspektion Stralsund unmittelbar beeinflussbar und betreffen direkte Tätigkeiten und Prozesse durch die Aufgabenwahrnehmung.
Hierzu gehören:

- Verbräuche (Strom, Wärmeenergie, Kraftstoff, Wasser, Ressourcen),
- Flächenverbrauch, Einschränkung der Biodiversität,
- Emissionen (Treibhausgase, Luftschadstoffe), Abwasser,
- gefährliche und nicht gefährliche Abfälle,
- Risiko von Umweltunfällen.

Indirekte Umweltaspekte
Indirekte Umweltaspekte entstehen aus vor- und nachgelagerten Prozessen, die die Bundespolizeiinspektion Stralsund nicht vollständig kontrollieren kann. Sie umfassen z. B.:

- Umweltleistung von Auftragnehmern, Kraftstoffverbrauch durch Mitarbeitende und Besucher, Emissionen durch Postversand,
- Verwaltungsentscheidungen anderer Behörden/Gesetzgeber,
- Realisierung von Energiegewinnungspotenzialen.

Umweltaspekte werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Auswirkungen bewertet, insbesondere, ob sie zu erheblichen Umweltauswirkungen führen. Die Bewertung erfolgt jährlich, wobei auch Risiken, potenzielle Notfallsituationen und organisatorische Änderungen berücksichtigt werden. Für besonders relevante Umweltaspekte werden konkrete Ziele definiert und Maßnahmen zur Vermeidung oder Reduktion von Umweltauswirkungen erarbeitet.

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund erhebt relevante Daten, um die Entwicklung der Umweltleistung zu steuern. Diese Daten fließen in die Bildung von Kernindikatoren ein:

- Energie, Material, Wasser, Abfall, Emissionen und biologische Vielfalt.

Durch regelmäßige Prüfungen und Anpassungen des Umweltmanagementsystems gewährleistet die Bundespolizeiinspektion Stralsund eine nachhaltige und umweltbewusste Gestaltung ihrer Aufgabenwahrnehmung.

6.2 Bewertungsmethode der Umweltaspekte

Die Umweltaspekte der Bundespolizeiinspektion Stralsund werden mit Hilfe einer dreidimensionalen Skala nach einem Verfahren des Umweltbundesamtes (UBA) bewertet.

Relative quantitative Bedeutung	Prognostizierte zukünftige Entwicklung	Relatives Gefährdungspotential		
		hoch	durch-schnittlich	gering
hoch	zunehmend	A	A	B
	stagnierend	A	B	B
	abnehmend	B	B	B
durch-schnittlich	zunehmend	A	B	B
	stagnierend	B	C	C
	abnehmend	B	C	C
gering	zunehmend	B	B	B
	stagnierend	B	C	C
	abnehmend	B	C	C

Die **Bewertung der Umweltaspekte** erfolgt anhand der folgenden drei Kriterien:

- **„Relative quantitative Bedeutung“** (hoch, durchschnittlich, gering)
- **„Prognostizierte zukünftige Entwicklung“** (zunehmend, stagnierend, abnehmend)
- **„Relatives Gefährdungspotenzial“** (hoch, durchschnittlich, gering)

Jeder Umweltaspekt wird nach diesen drei Kriterien einer (der in Klammern stehenden) Einstufung zugeteilt. Anschließend wird er einer der folgenden drei Gruppen zugeordnet:

A = Umweltaspekt von relativ besonderer hoher Bedeutung
B = Umweltaspekt mit relativ durchschnittlicher Bedeutung
C = Umweltaspekt von relativ geringer Bedeutung

Die Zuordnung zu den Gruppen erfolgt nach dem folgenden **Schlüssel:**

A = Umweltaspekte, die bei mindestens zwei Kriterien in die höchste Kategorie und bei keinem Kriterium in die niedrigste Kategorie einzuordnen sind.

B = Umweltaspekte, die bei einem Kriterium in die höchste Kategorie oder bei zwei Kriterien in die höchste Kategorie und bei dem dritten Kriterium in die niedrigste Kategorie einzuordnen sind.

C = Umweltaspekte, die bei keinem Kriterium in die höchste Kategorie einzuordnen sind.

Zusätzlich werden die erkannten Umweltaspekte in **Unterkategorien** eingeteilt. Dabei gelten folgende Kriterien:

I (hoch) kann durch die Bundespolizei direkt beeinflusst werden

II (mittel) kann durch Bundespolizei nur gering oder in Abhängigkeit von Dritten beeinflusst werden

III (gering) kann durch die Bundespolizei nicht oder nur sehr langfristig beeinflusst werden

6.3 Bewertung der Umweltaspekte

Die individuellen Ergebnisse stellen sich für die Umweltaspekte wie folgt dar:

Umweltaspekte		Bewertung der Umweltaspekte
		HST
direkt	Stromverbrauch	A II
	Wärmeenergieverbrauch	C II
	Kraftstoffverbrauch	A II
	Wasserverbrauch	C II
	Ressourcenverbrauch	C II
	Flächenverbrauch	C II
	Einschränkung der Biodiversität	C II
	Emissionen an Treibhausgasen/Luftschadstoffen	B II
	Einleitung von Abwasser	C III
	Entstehung von nicht gefährlichen Abfällen	C II
	Entstehung von gefährlichen Abfällen	B II
	Risiko von Umweltunfällen	C I
indirekt	Umweltleistung potenzieller Auftragnehmer	C III
	Emissionen an Treibhausgasen/Luftschadstoffen (Postversand)	C II
	Kraftstoffverbrauch (Mitarbeitende und Besucher)	B III
	Verwaltungsentscheidungen	B III
	Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale	B III

6.4 Potenzielle Umweltaspekte

Neben den regelmäßigen Umweltaspekten betrachtet die Bundespolizeiinspektion Stralsund auch potenzielle Umweltauswirkungen, die im Falle von **Notsituationen oder außergewöhnlichen Ereignissen** auftreten können. Dazu zählen insbesondere:

- Unfälle mit Fahrzeugen (ggf. auch Wasserfahrzeugen), die zu einer Freisetzung von Betriebsstoffen (z. B. Kraftstoffe, Öle) führen können.
- Brände und technische Defekte, die die Freisetzung von Schadstoffen oder eine erhöhte Luftbelastung zur Folge haben könnten.
- Extremwetterereignisse (z. B. Starkregen, Überschwemmungen, Stürme), die Betriebsabläufe beeinflussen und Umweltauswirkungen verstärken könnten.
- Ausfälle kritischer Infrastrukturen, die zu erhöhtem Energieverbrauch oder ungeplanten Materialeinsätzen führen könnten.

Vorsorgemaßnahmen und Notfallmanagement
Um potenzielle Umweltbelastungen durch solche Ereignisse zu minimieren, verfügt die Bundespolizeiinspektion Stralsund über ein umfassendes Notfallmanagement, das folgende Maßnahmen umfasst:

- Schulungen und Sensibilisierungen der Mitarbeitenden für umweltrelevante Gefahrenquellen in Notfällen,
- Vorhaltung von Notfallausrüstungen zur Eindämmung von Leckagen und zur Schadensbegrenzung (z. B. Bindemittel für auslaufende Betriebsstoffe),
- Regelmäßige Notfallübungen zur Überprüfung und Verbesserung der Reaktionsfähigkeit.

Enge Zusammenarbeit mit externen Fachstellen und Behörden, um im Ernstfall eine schnelle und koordinierte Reaktion sicherzustellen.

7 UMWELTKENNZAHLEN

Im Rahmen des UMS nach EMAS werden regelmäßig Umweltkennzahlen erhoben, um die Umweltleistung zu überwachen und zu verbessern. Die Kennzahlen ermöglichen eine Bewertung der Umweltauswirkungen und dienen als Grundlage für Maßnahmen zur Reduzierung von Ressourcenverbrauch und Emissionen.

Die Erfassung und Bewertung dieser Umweltkennzahlen erfolgt unter Berücksichtigung des Referenzdokuments der EU in der öffentlichen Verwaltung. Dieses Dokument dient als Leitfaden zur Umsetzung bewährter Umweltmanagementverfahren und enthält spezifische Empfehlungen für öffentliche Einrichtungen zur Verbesserung ihrer Umweltleistung.

Nachfolgend werden die Daten über die Umweltleistung der Bundespolizeiinspektion Stralsund bezogen auf die bedeutenden Umweltauswirkungen bzw. die EMAS-Kernindikatoren betrachtet. So kann die zeitliche Entwicklung der Umweltleistungen veranschaulicht werden.

Zur Wahrung sicherheitsrelevanter Belange sowie gemäß den Vorgaben des Bundespolizeipräsidiums werden die Umweltkennzahlen in dieser Umwelterklärung als Index mit der Bezugsgröße 2020 = 100 bzw. 2021 = 100 dargestellt.

7.1 Energieverbrauch

Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund
Die Bundespolizeiinspektion Stralsund bezieht ihre Energie aus ökologisch zertifizierten Energiequellen. Die Verbrauchswerte für Strom- und Wärmebezug werden durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erhoben und der Inspektion zur Verfügung gestellt. Die Überwachung, Wartung und Optimierung der elektrischen Anlagen obliegt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Der Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt sich zusammen aus dem Stromverbrauch, dem Verbrauch an Fernwärme für Heizung und Warmwasser und dem Kraftstoffbedarf des Fuhrparks und des Notstromaggregats.

Die Verantwortung für die Reduktion des Energieverbrauchs liegt bei den Organisationsteilen der Bundespolizeiinspektion Stralsund und nicht zuletzt bei den Beschäftigten und ihrem Nutzerverhalten.

Energie-verbauch	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Energieträger						
Strom/Ökostrom						
BPOLI HST	kWh	100	104	102	98	95
	je MA[1]	100	101	92	75	81
Wärmeenergieträger						
Fernwärme						
BPOLI HST	kWh	100	110	97	88	77
	je m² bhF[2]	100	110	97	88	77
Kraftstoffe - ohne NEA						
Diesel						
BPOLI HST	Liter	100	107	122	125	111
	je 100 km	100	100	99	101	97
Benzin						
BPOLI HST	Liter	-	-	-	-	100
	je 100 km	-	-	-	-	100

[1] *MA: Mitarbeitende/r*
[2] *bhF: beheizte Fläche*

7.2 Wasserverbrauch

Wasserverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund
Die Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt auf einen verantwortungsbewussten und effizienten Umgang mit Wasser. Generell wird Wasser in sanitären Einrichtungen, Teeküchen und für Reinigungszwecke in der Liegenschaft genutzt.

Duschen sind dabei ein wichtiger Bestandteil der sanitären Einrichtungen. Sie sorgen dafür, dass Mitarbeitende nach anspruchsvollen Einsätzen und Fortbildungen angemessen versorgt werden. Die Inspektion nutzt ausschließlich Leitungswasser, während Brunnen- oder Regenwasser nicht zum Einsatz kommen. Somit entspricht die Menge Frischwasser stets der Abwassermenge. Die Verbrauchswerte werden durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zur Verfügung gestellt.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Wasserverbrauch nun mehr unter dem Leistungsrichtwert des Referenzdokuments liegt. Durch die ergriffenen Maßnahmen ist es gelungen, den Wasserverbrauch weiter zu optimieren und natürliche Ressourcen bestmöglich zu schonen.

Abwasserregelung
Die in der Bundespolizeiinspektion Stralsund anfallenden Abwasser setzen sich ausschließlich aus haushaltsähnlichen Abwässern zusammen, die in das bestehende Kanalnetz der Stadt Stralsund eingeleitet und der Kläranlage Stralsund zugeführt werden.

Wasserverbauch	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Herkunft des Wassers/Abwasserart						
Trinkwasser						
BPOLI HST	m³	100	146	134	126	79
BPOLI HST	m³/VZÄ[3]	100	141	121	95	67
Frischwasser/Abwasser						
Fernwärme						
BPOLI HST	m³	100	146	134	126	79

[3] *Vollzeitäquivalent*

7.3 Abfall

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund legt großen Wert auf eine umweltgerechte und gesetzeskonforme Abfallwirtschaft. Alle Abfälle werden zuverlässig gesammelt und konsequent getrennt, um eine Vermischung von verwertbaren und nicht verwertbaren Materialen – einschließlich Sonderabfällen – zu vermeiden.

Nicht gefährliche Abfälle
Bio-, Rest-, Papier-, Verpackungsmüll sowie Papier mit datenschutzrechtlicher Relevanz.

Gefährliche Abfälle
Batterien, Leuchtstoffröhren, Druckertoner werden sicher und ordnungsgemäß entsorgt.

Hervorzuheben ist, dass der Austausch von Leuchtstoffröhren – derzeit etwa 100 Stück jährlich – sowie deren Entsorgung durch den Vermieter übernommen wird. Tonerkartuschen (ca. 3-4 pro Jahr) werden von der Leasingfirma fachgerecht entsorgt. Ölhaltige Abfälle und Batterien werden sorgfältig gesammelt und zentral durch zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe oder über die Stiftung GRS (Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien) entsorgt. Zusätzlich wird bei der Beauftragung von Entsorgungsunternehmen stets sichergestellt, dass nur zugelassene Fachbetriebe zum Einsatz kommen. Eine regelmäßig erstellte Abfallbilanz wird kontinuierlich auf Verbesserungspotenziale geprüft. Mitarbeitende werden regelmäßig geschult, um Abfälle bestmöglich zu vermeiden, zu verwerten und ordnungsgemäß zu entsorgen. Erfreulich ist, dass im Vergleich zum Referenzdokument die Abfallmenge der Dienststelle deutlich unter dem Leistungsrichtwert liegt.

Abfallaufkommen	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Nicht gefährliche Abfälle						
Restabfall (gemischte Siedlungsabfälle)						
BPOLI HST	t	100	100	104	111	107
Verpackungsabfälle						
BPOLI HST	t	100	100	104	175	169
Papier (Altpapier, Kartonagen, Blaue Tone)						
BPOLI HST	t	100	100	104	84	81
Biologische abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle						
BPOLI HST	t	100	100	104	111	108
Papier mit datenschutzrechtlicher Relevanz						
BPOLI HST	t	100	69	69	35	47

7.4 Materialeinsatz

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt verpflichtet sich im Rahmen ihres UMS nach EMAS zu einem nachhaltigen und ressourcenschonenden Materialeinsatz. Ziel ist es, Umweltbelastungen durch eine bewusste Auswahl, Nutzung und Reduzierung von Materialien zu minimieren.

Erfassung und Bewertung des Materialeinsatzes
Der Materialeinsatz in der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt umfasst alle für den Dienstbetrieb notwendigen Ressourcen. Die Erfassung betrifft derzeit im Bereich Verbrauchsmaterial den Teilbereich Büromaterialien (Papier, Toner).

Die Erfassung erfolgt durch regelmäßige Verbrauchsanalysen, um Einsparpotenziale zu identifizieren und gezielte Maßnahmen zur Reduzierung des Materialeinsatzes abzuleiten. Dabei wird besonderer Wert auf die Vermeidung nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die Förderung nachhaltiger Alternativen gelegt.

Maßnahmen zu Optimierung des Materialeinsatzes
Zur Minimierung der Umweltauswirkungen des Materialeinsatzes setzt die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt auf folgende Strategien:

- Reduzierung des Papierverbrauchs
- Einführung digitaler Arbeitsprozesse zur Verringerung des Druckaufkommens (E-Akte)
- Voreinstellung des beidseitigen Druckens und Nutzung von Recyclingpapier
- Sensibilisierung für einen ressourcenschonenden Papierverbrauch
- Nachhaltige Beschaffung und Ressourcenschonung
- Bevorzugung umweltfreundlicher und langlebiger Materialien (z. B. zertifizierte Produkte)
- Bedarfsgerechte Beschaffung zur Vermeidung von Überbeständen

Materialeinsatz der Bundespolizeiinspektion Stralsund
Zur Bewertung der Umweltleistung erhebt die Bundespolizeiinspektion Stralsund regelmäßig Daten zum Materialeinsatz. Diese Daten fließen in die EMAS-Kernindikatoren ein und dienen als Grundlage für die Ableitung weiterer Optimierungsmaßnahmen. Durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen leistet die Bundespolizeiinspektion Stralsund einen aktiven Beitrag zur Ressourcenschonung und zur Reduzierung der Umweltauswirkungen ihres Materialeinsatzes. Die kontinuierliche Analyse und Verbesserung dieses Bereichs bleiben zentrale Bestandteile des UMS.

Die Dienststelle liegt in Bezug auf das Referenzdokument im Durchschnitt deutlich unter dem Leistungsrichtwert.

Material-verbrauch	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Verbrauchsmaterial						
Papier (Recyclingpapier)						
BPOLI HST	Blatt		100	131	127	103
BPOLI HST	Blatt/ VZÄ[4]/AT[5]		100	124	101	92
Toner						
BPOLI HST	Stück		100	100	75	100

7.5 Emissionen

Die Erfassung und Berechnung der Emissionen von Treibhausgasen orientiert sich am Greenhouse Gas Protocol und wird entsprechend in die dort festgehaltenen Bereiche Scope 1 bis 3 eingeteilt. Gemessen bzw. umgerechnet und in der untenstehenden Liste ausgeworfen wurden sie in CO_2-Äquivalenten (CO_{2e}).

Scope 1: Hier werden alle Emissionen, für die die Bundespolizeiinspektion Stralsund direkt verantwortlich ist und die sie kontrollieren kann, erfasst. Dazu zählen die Abgase der eigenen Fahrzeugflotte (Verbrennungsmotoren) und die Nutzung des Notstromaggregats.

Scope 2: Dieser Bereich umfasst indirekte Emissionen aus aus bezogener Energie. Hierzu zählen insbesondere Emissionen aus dem Bezug von Strom und Fernwärme. Diese entstehen bei der Erzeugung der Energie außerhalb der Dienststelle, werden jedoch durch den Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund verursacht.

Scope 3: Dieser Bereich umfasst indirekte Emissionen aus aus bezogener Energie. Hierzu zählen insbesondere Emissionen aus dem Bezug von Strom und Fernwärme. Diese entstehen bei der Erzeugung der Energie außerhalb der Dienststelle, werden jedoch durch den Energieverbrauch der Bundespolizeiinspektion Stralsund verursacht.

[4] *Vollzeitäquivalent*
[5] *Arbeitstag*

Emissionen der Bundespolizeiinspektion Stralsund
In nachfolgend aufgeführten Bereichen fallen direkt durch den Dienstbetrieb Emissionen an:

- Strombedarf für Klimaanlagen in Server- und Diensträumen
- Kühlschränke
- Kohlendioxyd (CO_2) durch Dienstreisen/Einsatzfahrten mit Kraftfahrzeugen

Emissionsquelle	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Scope 1						
Kraftstoffe – Diesel (Notstrom)						
BPOLI HST	t CO_2e	100	100	100	20	50
Kraftstoffe – Diesel (Kfz)						
BPOLI HST	t CO_2e	100	107	122	125	111
Kraftstoffe – Benzin (Kfz)						
BPOLI HST	t CO_2e	-	-	-	-	100

Emissionsquelle	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Scope 2						
Stromenergieträger – Strom (außer Ökostrom)						
BPOLI HST	t CO_2e	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wärmeenergieträger – Fernwärme						
BPOLI HST	t CO_2e	100	750	1350	800	600

Aufgrund begrenzter Datengrundlagen werden derzeit ausgewählte Scope 3 Kategorien berücksichtigt. Hierzu zählen insbesondere:

- Vorkettenemissionen des bezogenen Ökostroms
- Emissionen aus Restabfall (gemischte Siedlungsabfälle)
- Emissionen aus Wasser- und Papierverbrauch

Weitere Scope 3 Kategorien gemäß Gree Emissionen aus Dienstreisen, aus dem Pendelverkehr der Mitarbeitenden oder aus der Herstellung beschaffter Investitionsgüter, werden derzeit nicht systematisch erfasst und sind daher nicht Bestandteil der quantitativen Bilanzierung.

Emissionsquelle	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Scope 3						
Ökostrom (Vorkettenemissionen)						
BPOLI HST	t CO_2e	100	104	100	96	93
Restabfall (gemischte Siedlungsabfälle)						
BPOLI HST	t CO_2e	100	100	109	118	109
Trinkwasser						
BPOLI HST	t CO_2e	100	200	150	150	100
Abwasser						
BPOLI HST	t CO_2e	100	150	150	150	100
Papier (Recyclingpapier)						
BPOLI HST	t CO_2e	0,00	100	150	150	125

Die Gesamtemissionen der Bundespolizeiinspektion Stralsund setzen sich aus den Emissionen der Scopes 1 und 2 sowie den dargestellten Scope 3 Kategorien zusammen.

Summe CO_2e – Scope 1						
BPOLI HST	t CO_2e	100	107	122	124	112
Summe CO_2e – Scope 2						
BPOLI HST	t CO_2e	100	750	1350	800	600
Summe der CO_2 Emissionen aus Scope 1 und 2						
BPOLI HST	t CO_2e	100	108	125	126	113
Summe der CO_2 Emissionen aus Scope 3						
BPOLI HST	t CO_2e	100	119	121	121	110

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund legt großen Wert auf nachhaltiges Handeln und aktiven Klimaschutz. Im Rahmen der Umweltmanagementstrategie der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt wird der Energieverbrauch regelmäßig bewertet, einschließlich der damit verbundenen Treibhausgasemissionen. Ein besonderer Erfolg in diesem Bereich ist die klimafreundliche Wärmeversorgung der Dienststelle.

Ein Großteil der Fernwärme wird aus erneuerbaren Energien bezogen, was bedeutet, dass im Bereich Scope 2 (indirekte Emissionen aus eingekaufter Energie) geringe Treibhausgasemissionen entstehen. Dieser Schritt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der CO_2-Bilanz und unterstützt zugleich die Klimaziele der Bundesregierung für öffentliche Einrichtungen.

Mit dieser nachhaltigen Fernwärmeversorgung werden die Anforderungen des E-MAS-Systems und des Beschlusses (EU) 2019/16 weitgehend erfüllt, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und CO_2-Reduktion. Diese Maßnahme trägt dazu bei, den ökologischen Fußabdruck der Dienststelle zu verringern und bietet eine Grundlage für den Ausbau einer nachhaltigeren Behördeninfrastruktur. Die Verbesserungen im Scope 3 sind im Wesentlichen eine Folge der Verbrauchsreduzierungen.

Es wird geprüft, inwieweit diese positiven Ansätze als Beispiel für weitere Dienststellen dienen können. Zudem wird überlegt, ob ähnliche klimafreundliche Energielösungen auch an anderen Standorten realisiert werden könnten, um den Beitrag zum Klimaschutz weiter auszubauen und nachhaltigere Lösungen zu fördern.

7.6 Biodiversität

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund möchte einen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten, indem möglichst viel unversiegelte Fläche an den Standorten zur Förderung von Artenvielfalt, Biotopen und Ökosystemen bereitgestellt wird.

Zusätzlich können in Zukunft Maßnahmen wie das Anlegen eines Feuchtbiotops und die Anpflanzung geschützter Pflanzen in Betracht gezogen werden. Derzeit wird geprüft, inwieweit finanzielle Ressourcen im politischen Umfeld dafür eingeworben werden können.

Biodiversität	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Grundstücksflächen						
BPOLI HST	m^2	100	100	100	100	100
Versiegelte Flächen						
BPOLI HST	m^2	100	100	101	101	101
Versiegelungsgrad						
BPOLI HST	%	100	100	101	101	101
Gesamtvegetationsfläche (unversiegelt + naturnahe Fläche)						
BPOLI HST	m^2	100	100	97	97	97
Mitarbeitenden-Kapazität / Vollzeitäquivalent (VZÄ)						
BPOLI HST	VZÄ[6]	100	103	110	132	118

[6] *Vollzeitäquivalent*

7.7 Kernindikatoren

Die Umrechnung des Stromverbrauchs auf die Anzahl der Mitarbeitenden, des Wärme energieverbrauch auf kWh pro Quadratmeter beheizter Fläche und der Kraftstoffverbrauch je 100 km wird zur besseren Vergleichbarkeit zusätzlich angegeben.

Kernindikatoren	Einheit	2020	2021	2022	2023	2024
Energieträger						
Gesamtenergieverbrauch						
BPOLI HST	kWh	100	108	112	110	99
Ökostrom/Strom						
BPOLI HST	kWh	100	104	102	98	95
	je MA	100	101	92	75	80
Wärmeenergieträger (gesamt)						
BPOLI HST	kWh	100	110	97	88	77
	je m² bhF	100	110	97	88	77
Kraftstoffe						
BPOLI HST	kWh	100	107	122	125	112
	Liter/ 100km	100	104	110	94	96

Emissionen						
CO_2-äquivalente Emissionen aus Energieträgern und Kältemitteln						
BPOLI HST	kWh	100	107	122	124	114
	je MA	100	104	110	94	96

8 EINHALTUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN

Die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt stellt sicher, dass alle relevanten Umweltvorschriften zuverlässig eingehalten werden, dies gilt sowohl für die Direktions- als auch für die Inspektionsebene. Dieser verantwortungsvolle Umgang mit Umweltvorschriften ist ein zentraler Bestandteil des Umweltmanagementsystems nach EMAS.

Dabei geht es nicht nur um die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, sondern auch darum, Umweltleistungen kontinuierlich zu verbessern. Regelmäßige „Rechts-Checks“ sorgen dafür, dass alle gesetzlichen Anforderungen klar erfasst und in einem Rechtskataster übersichtlich zusammengefasst werden. Diese Übersicht wird ständig aktualisiert und auf Relevanz geprüft, wobei bewährte Informationsquellen wie „Internetrecherche Juris“ und „Umwelt-online.de“ genutzt werden.

Interne Audits stellen sicher, dass die Vorschriften zuverlässig umgesetzt werden. Sollte es einmal zu Abweichungen kommen, werden diese sorgfältig dokumentiert und geeignete Maßnahmen ergriffen. Ergänzt wird dieser Prozess durch externe Validierungen, um die hohen Standards der Rechtskonformität zu sichern.

Dieser strukturierte Ansatz zeigt, dass die Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt und die Bundespolizeiinspektion Stralsund aktiv Verantwortung übernehmen, um Umweltschutz und Nachhaltigkeit in ihren Bereichen wirksam umzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Maßgebliche Umweltrechtsbereiche	Relevante Einrichtungen/Aktivitäten
Immissionsschutzrecht	Kraftfahrzeuge
Energie	Maßnahmen zur Reduzierung von Energieverbräuchen, Erhöhung der Effizienz,
Abfallrecht	Sensibilisierung zur Verminderung und Vermeidung von Abfällen, Reduzierung gefährlicher Abfälle, verantwortungsbewusste Abfalltrennung und -entsorgung
Chemikalien- und Klimaschutz-Gesetzgebung	Klimaanlagen
Wasserrecht	Grundwasser-/Gewässerschutz
Gefahrstoffrecht	Umgang mit, Lagerung und Transport von Gefahrstoffen
Notfallvorsorge	Gewährleistung und Verbesserung der Sicherheit und der Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit, Unfallverhütung und Umgang, Zuweisung von Verantwortlichkeiten für Notfälle

9 UMWELTZIELE

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund setzt sich aktiv für Verbesserungen im Umweltmanagement ein. Jedes Jahr werden im ersten Quartal in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Vorschläge für neue Umweltziele erarbeitet. Grundlage dafür sind die Bewertungen aus dem Umweltplanungsprozess sowie Verbesserungspotenziale, die in internen und externen Audits ermittelt wurden.

Ziele werden vor allem für Umweltaspekte festgelegt, die kurz- und mittelfristig beeinflussbar sind. Diese Zielsetzungen werden, wo möglich, realistisch und messbar formuliert. Konkrete Maßnahmenvorschläge werden erarbeitet und im Ziel- und Maßnahmenprogramm festgehalten.

Besonders positiv: Verbesserungsvorschläge aus dem Ideenmanagement der Bundespolizei fließen aktiv in die Planung mit ein.

Nachdem die Leitung die Ziele geprüft hat, erfolgt die Freigabe durch den/die Umweltmanagementbeauftragte(n) (UMB) der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. Die freigegebenen Maßnahmen werden mit Haushaltsmitteln ausgestattet, zeitlich terminiert und klaren Verantwortlichkeiten zugeordnet.

Die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen werden kontinuierlich überprüft. Ein internes Audit kontrolliert den Fortschritt, und die Ergebnisse werden im Managementreview bewertet. Der/die Umweltmanagementkoordinator/in erstellt dafür einen Bericht zur Bewertung der Zielerreichung des Vorjahres.

9.1 Umweltziele und Maßnahmen der Bundespolizeiinspektion Stralsund

Die Bundespolizeiinspektion Stralsund hat folgende Umweltziele definiert:

- Senkung des gesamten Energieverbrauchs
- Senkung des Wasserverbrauchs
- Ressourcenschonender Papierverbrauch
- Senkung des Kraftstoffverbrauchs
- Wärmeenergieeinsparung
- Erhöhung der Biodiversität
- Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale
- Vermeidung von Abfällen

Die Einsparpotentiale werden größtenteils durch Beeinflussung des Verbrauchsverhaltens erreicht. Des Weiteren wird durch technische Vorrichtungen und Einstellungen Energie eingespart. Die Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale soll durch den Bau einer Photovoltaikanlage mit Überschusseinspeisung erreicht werden.

Details sind in der Umweltziele- und Maßnahmenliste der Bundespolizeiinspektion Stralsund erfasst.

1. Senkung des Gesamtverbrauches (Strom, Wasser, Papier, Kraftstoff, Wärme) um 10% von 2024 bis 2028	
1.1. Senkung des Stromverbrauches	
• LED-Schreibtischleuchten an jedem Arbeitsplatz	Umsetzung geplant bis 2027
• LED-Deckenleuchten und Prüfung Leuchtstärke, ggf. Anzahl Röhren je Einheit reduzieren	Umsetzung geplant bis 2028
1.2. Wassereinsparung	
• Einsatz von wassersparenden Brausen und Druckminderem	Umsetzung geplant bis 2028
1.3. Papiereinsparung	
• Dienstbucheinlegeblätter ohne Druck und mit elektronischer Signatur	Umsetzung geplant bis 2026
• Standarddruckereinstellungen auf SW und doppelseitigen Druck systemseitig	Umsetzung geplant bis 2026
1.4. Reduzierung Kraftstoff	
• Reduzierung der Geschwindigkeit bei Fiskalfahrten und Präventivstreifen	Umsetzung geplant bis 2028
• Fahrtenzusammenlegung und effektive Nutzung der Kfz-Planung	Umsetzung geplant bis 2028
1.5. Reduzierung Wärmebedarf	
• keine Beheizung von Fluren und Treppenhäusern	Umsetzung geplant bis Ende 2026
2 Förderung der Biodiversität	
2.1. Erhöhen der Artenvielfalt	
• Dachbegrünung	In Prüfung
• Aussaat von Blühwiesen	In Prüfung
• Insektenhotels aufstellen	In Prüfung
• Anlegen eines Feuchtbiotops	In Prüfung
3. Realisierung eigener Energiegewinnungspotentiale	
3.1. Energiegewinnung	
• Bau einer PV Anlage als Dach- oder Fassadenanlage mit Eigenverbrauch und Speicher	Beantragt zur Umsetzung bis 2028
4. Vermeidung von Abfällen	
4.1. Nichtgefährliche Abfälle	
• Konsequente Mülltrennung bis zum Container	umgesetzt

10 ERKLÄRUNG DES UMWELTGUTACHTERS

GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG

Erklärung des Umweltgutachters zu den Begutachtungs- und Validierungstätigkeiten

Der unterzeichnende, **Bernhard Schwager**,

EMAS-Umweltgutachter mit der Registrierungsnummer DE-V-0416, zugelassen für den Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung (NACE-Code: 84.24) bestätigt, begutachtet zu haben, ob der Standort der Organisation

Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
Standort: Bundespolizeiinspektion Stralsund
Ummanzer Str. 7, 18439 Stralsund

wie in der Umwelterklärung angegeben, alle Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2018/2026 vom 19. Dezember 2018, erfüllt.

Mit der Unterzeichnung dieser Erklärung wird bestätigt, dass

- die Begutachtung und Validierung in voller Übereinstimmung mit den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 in Verbindung mit der Verordnung (EU) 2017/1505 sowie der Verordnung (EU) 2018/2026 durchgeführt wurden,
- das Ergebnis der Begutachtung und Validierung bestätigt, dass keine Belege für die Nichteinhaltung der geltenden Umweltvorschriften vorliegen,
- die Daten und Angaben der Umwelterklärung der Organisation ein verlässliches, glaubhaftes und wahrheitsgetreues Bild sämtlicher Tätigkeiten der Organisation in der Umwelterklärung geben.

Diese Erklärung kann nicht mit einer EMAS-Registrierung gleichgesetzt werden. Die EMAS-Registrierung kann nur durch eine zuständige Stelle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 erfolgen. Diese Erklärung darf nicht als eigenständige Grundlage für die Unterrichtung der Öffentlichkeit verwendet werden.

Stuttgart, den 17.02.2026

Ort, Datum

Bernhard Schwager,
Zugelassener Umweltgutachter (DE-V-0416)

NOTIZEN